



Barthle-Brief

Nr. 70

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

1.2.2013

Thema der Woche:

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus **Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 30. Januar 2013**

Am 27. Januar 1945 befreiten Einheiten der Roten Armee das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Dieses Lager steht wie kein anderes für das Menschheitsverbrechen des Holocaust, für das Deutschland unlösbar die Verantwortung trägt. Das durch Adolf Hitler errichtete Regime hat Millionen Menschen entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet.

Symbolhaft für diesen Terror steht das Konzentrationslager Auschwitz. Der Tag der Befreiung dieses Lagers wird in Deutschland seit 1996 als Gedenktag für die Opfer des nationalsozialistischen Rassenhuns und Völkermordes begangen. Bundespräsident Roman Herzog hat den 27. Januar zum Gedenktag erhoben, um „eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken“. Die bundesweite Trauerbeflaggung an diesem Tag und vielfältige Veranstaltungen in unserem Land kommen diesem Auftrag nach.

So auch die Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages an diesem Mittwoch, dem 30. Januar 2013. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert begrüßte neben der Gastrednerin der diesjährigen Gedenkveranstaltung, der deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron, auch Bundespräsident Joachim Gauck, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesratspräsident Winfried Kretschmann. Er wies gleich zu Beginn auf das Datum der Gedenkstunde, den 30. Januar, hin und erinnerte daran, dass vor genau 80 Jahren Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde: „Damit begann das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte.“ Zwölf Jahre nur trennten dieses Datum von dem der Auschwitz-Befreiung – für Lammert eine „Ewigkeit des Grauens“. Inge Deutschkron wurde im August 1922 in Finsterwalde (Brandenburg) geboren und wuchs in Berlin auf. Ihre Familie und sie selbst wurden seit 1933 als Juden und aus politischen Gründen benachteiligt und verfolgt.

Krieg und Völkermord überlebte sie in Verstecken in Berlin. Nach dem Krieg führte sie ihr Weg über das Studium in England 1956 nach Bonn. Ab 1958 war sie Deutschland-Korrespondentin der israelischen Zeitung Ma'ariv. Von 1972 bis 1987 arbeitete sie als Journalistin in Tel Aviv. Ihre Erlebnisse, Gefühle und Empfindungen als jüdische Verfolgte in der NS-Zeit, aber auch Eindrücke aus den Nachkriegsjahren hat die Schriftstellerin in ihrer Rede im Plenarsaal des Deutschen Bundestages an diesem Mittwoch geschildert. „Zerrissenes Leben“, so überschrieb sie ihren Vortrag. Der zehnjährigen Tochter des Oberstudienrats Dr. Martin Deutschkron habe die Mutter damals gesagt, sie gehöre nun zu einer Minderheit: „Lass Dir nichts gefallen, wenn Dich jemand angreifen will. Wehr Dich!“ Dieser Satz der Mutter sollte ihr ganzes Leben bestimmen, sagte Inge Deutschkron. Der Vater hatte Deutschland 1939 verlassen und war nach England emigriert, Inge und ihre Mutter blieben zurück. Inge Deutschkron schilderte, wie sich die Lage der Juden in Berlin immer mehr verschlimmerte. Am 27. Februar 1943 schließlich habe die Regierung ihr Versprechen eines „judenfreien Berlins“ eingelöst, als die letzten Juden der „einstmals stolzen Jüdischen Gemeinde“ abgeholt wurden. „Zurück blieb die kleine Zahl derer, die ein Versteck gefunden hatten und in die Illegalität gingen, wie meine Mutter und ich“, sagte Inge Deutschkron. Inge und ihre Mutter überlebten und konnten 1946 den Vater in England besuchen. Für sie selbst sei die Konsequenz aus ihren Erfahrungen, dass Vergleichbares nie wieder geschehen dürfe: „Dass Menschen anderen Menschen das Recht auf Leben streitig machen könnten – ganz gleich welcher Hautfarbe, welcher Religion, welcher politischen Einstellung, nicht hier und nicht anderswo.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte Deutschkron als Frau, die es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland lebendig zu halten. Ihr großes Verdienst sei es, dass sie ihre Erlebnisse an junge Menschen weitergebe. „Sie tragen dazu bei, eine Generation der Zeugen von Zeugen zu bilden.“

Bundestag verlängert Afghanistanmandat

Mit breiter Mehrheit beschloss der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag die Verlängerung des Deutschen Afghanistanmandats. Deutschland beteiligt sich bereits seit Dezember 2001 an der ISAF (International Security Assistance Force). In namentlicher Abstimmung votierten 435 Abgeordnete für das sogenannte Abzugsmandat, 111 lehnten es ab. Es gab 39 Enthaltungen. Mit dem neuen Mandat wird die personelle Obergrenze auf zunächst maximal 4.400 Soldaten abgesenkt. Bis zum Ende des Mandats am 28. Februar 2014 sollen weitere 1.100 Soldaten abgezogen werden. Dazu erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ernst-Reinhard Beck: „Die Sicherheitslage im Einsatzland Afghanistan entspannt sich weiter. Dank des unermüdlichen Einsatzes unserer Bundeswehrsoldaten hat sich die Lage im Norden auch in diesem Jahr weiter verbessert. Die geringe Anzahl an Vorfällen ist das Anzeichen dafür, dass Afghanistan sicher wird und die afghanische Armee nachhaltig aufgestellt und ausgebildet wurde. Durch diese Entwicklung ist es uns möglich, eine weitere Reduzierung der Obergrenze von 4900 auf 4400 vorzunehmen. Im weiteren Verlauf werden wir erstmals die Reduzierung auf 3300 Soldaten und Soldatinnen noch während des Mandatszeitraums anstreben. Unser Ziel ist es, das ISAF-Mandat wie geplant 2014 zu beenden. Dem Abzug der deutschen Kampftruppen in 2014 kommen wir einen entscheidenden Schritt näher. Dies ist eine Entlastung für unsere Streitkräfte und vor allem für die Soldaten mit speziellen Fähigkeiten, die in solch einem Einsatz gefordert werden. Deutschland wird damit seiner sicherheitspolitischen Rolle in der Welt gerecht. Wir werden Afghanistan weiterhin unterstützen und uns für die Übergabe der Verantwortung an die zuständigen afghanischen Kräfte einsetzen.“

Flughafenbau Thema im Deutschen Bundestag

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich an diesem Mittwoch in Anwesenheit von Ministerpräsident Platzeck, dem Regierenden Bürgermeister Wowereit und Bundesverkehrsminister Ramsauer intensiv mit dem Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ beschäftigt. Dazu erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Nachdem der Regierende Bürgermeister Wowereit am Flughafenbau gescheitert ist, muss nun der neue Aufsichtsratsvorsitzende Ministerpräsident Platzeck Schritt für Schritt Struktur ins Willy-

Brandt-Flughafenchaos bringen und den Flughafenbau wieder auf den richtigen Weg führen.“

Nach Aussagen Barthles wird der Bund als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft zusätzliche Haushaltsmittel nur unter den Bedingungen freigeben, dass erstens der momentane Stand der Baumaßnahmen ermittelt werden muss, zweitens klar ist, welche Baumaßnahmen, Neu-, Um- oder Erweiterungsbauten zur Fertigstellung des Flughafens notwendig sind und drittens verlässliche Termin- und Kostenpläne vorliegen.

Hintergrund: Der Bund als Minderheitsgesellschafter der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH hat mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2012 für den Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ zusätzliche Mittel in Höhe von 312 Millionen Euro grundsätzlich bereitgestellt. Von den im Bundeshaushalt 2013 veranschlagten und qualifiziert gesperrten Ausgaben in Höhe von 169 Millionen Euro hat der Haushaltsausschuss in seiner Sitzung am 12. Dezember 2012 einen Teilbetrag in Höhe von 84,5 Millionen Euro freigegeben.

Solide Finanzierung der NADA

In die Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages an diesem Mittwoch wurde der Geschäftsführer der amerikanischen Anti-Doping-Organisation (USADA), Travis Tygart, eingeladen, um über den Fall Lance Armstrong zu berichten. Dazu erklärt der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert: „Wir gratulieren der amerikanischen Anti-Doping-Organisation (USADA) zu ihrem beachtlichen Erfolg und sind zugleich erschrocken über das systematische Doping im Fall Lance Armstrong. Die Situation kann zwar nicht unterschiedslos auf Deutschland übertragen werden, aber für derartige Erfolge bedarf es einer soliden Finanzierung des Anti-Doping-Kampfes. Hierzulande müssen die Bundesländer endlich zu ihren Zusagen stehen und einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung der Nationalen Anti-Doping-Agentur (NADA) leisten. Obwohl der Anti-Doping-Kampf und die Rechtssysteme in Deutschland und den USA kaum vergleichbar sind, gilt es, aus dem Fall Armstrong zu lernen. Für einen erfolgreichen Anti-Doping-Kampf ist eine solide Finanzierung der Anti-Doping-Organisation notwendig. In Deutschland machen wir uns deshalb seit langem für eine nachhaltige Finanzierung der NADA stark. So hat sich der Bund in der Vergangenheit weit überproportional an den Kosten beteiligt und über elf Millionen Euro des zirka 13 Millionen Euro umfassenden Stiftungskapitals aufgebracht.“

Bei den Haushaltsberatungen 2012/2013 hat sich die Koalitionsfraktion erneut für einen kurzfristigen Ausgleich einer Finanzierungslücke der NADA von einer Million Euro eingesetzt. Mit wenigen Ausnahmen haben vor allem die Bundesländer ihre Zusagen bezüglich der NADA-Finanzierung nicht eingehalten. Nicht eine neue Struktur der NADA zählt zu den künftigen Herausforderungen des Anti-Doping-Kampfes, sondern eine solide Finanzierung unter angemessener Beteiligung der vielfach SPD-geführten Bundesländer.“

Hintergrund: Im Sommer letzten Jahres wurde Lance Armstrong von der USADA wegen Dopings angeklagt und nach seinem Verzicht auf ein Schiedsverfahren lebenslang gesperrt. Nach Bestätigung durch den Weltradsportverband (UCI) und das Internationale Olympische Komitee (IOC) wurden ihm alle Wettkampferfolge aberkannt. Zuletzt hatte Armstrong im Januar 2013 in einem Fernsehinterview selbst das Doping eingestanden.

Gauck trifft NSU-Untersuchungsausschuss

Zur Untersuchung der grausamen Morde der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ und für die notwendigen Schlussfolgerungen – auch zur Struktur und Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden – hatte der Bundestag im vergangenen Jahr einen Untersuchungsausschuss mit den Stimmen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen eingesetzt. Der Untersuchungsausschuss wird am Ende der Wahlperiode einen Arbeitsbericht vorlegen. An diesem Dienstag haben sich die Mitglieder dieses Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages mit Bundespräsident Joachim Gauck zu einem Gespräch getroffen. Der Bundespräsident hatte dazu eingeladen, um sich bei den Ausschussmitgliedern über den Stand der Untersuchung zu informieren. Nach dem Treffen äußerte sich der Obmann der CDU/CSU Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, Clemens Binniger: „Das Gespräch mit dem Bundespräsidenten war ein bedeutender Termin und eine besondere Ehre für die Mitglieder des Ausschusses. Bei einem intensiven Gedankenaustausch zu allen betroffenen Themen hatten wir die Möglichkeit, ihn über die bisherigen Erkenntnisse und die noch vor uns liegenden Aufgaben ausführlich zu informieren. Als Staatsoberhaupt kommt dem Bundespräsidenten bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Bekämpfung des Rechtsextremismus und bei Fragen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine herausragende Stellung zu. Seine Stimme hat außerordentliches Gewicht und wird von den Menschen in unserem Land besonders gehört.“

Es war uns daher ein spezielles Anliegen, unsere bisherigen Erkenntnisse mit Bundespräsident Gauck zu teilen und die vor uns liegenden Aufgaben zu diskutieren. Seine Einladung zeigt uns seine besondere Wertschätzung unserer Arbeit. Die Untersuchung der grausamen Morde der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ und die notwendigen Schlussfolgerungen – auch zur Struktur und Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden – sind von hoher gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Der Bundespräsident hat uns bei der weiteren Ausschussarbeit seine volle Unterstützung zugesichert. Wir empfinden dies als besondere Motivation, mit großem Engagement weiterzuarbeiten. Ihm gilt auch daher unser Dank.“

Aktuelle Stunde zum Thema Kampfdrohnen

In einer Aktuellen Stunde zum Thema "Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen" debattierte der Deutsche Bundestag über eine Nachfolgelösung für die bisher in Israel geleasteten Aufklärungsdrohnen „Heron 1“. Abgeordnete der Union plädierten in diesem Zusammenhang für die Entwicklung einer europäischen Kampfdrohne. Diese Drohnen könnten „mit Frankreich und anderen europäischen Partner“ entwickelt werden, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Außenexperte Andreas Schockenhoff am Donnerstag im Bundestag. Diese neuen Drohnen sollten nicht nur aufklären, sondern auch bewaffnet sein. Bislang war als Nachfolge der in Israel geleasteten Aufklärungsdrohne „Heron 1“ ein amerikanisches Modell im Gespräch. Drohnen-Kritikern hielt Schockenhoff entgegen, dass sich unbemannte und bemannte Waffensysteme ethisch nicht unterscheiden. Letztlich entscheide immer ein Mensch über den Waffeneinsatz, sagte Schockenhoff. Auch deshalb müsse das Parlament nicht nur generell über Drohnen diskutieren, sondern über Grenzen solcher Einsätze. Verteidigungsminister Thomas de Maizière hielt in der Debatte an der Beschaffung militärischer Drohnen fest. Solche unbemannten Fluggeräte seien „technologisch sinnvoll“ und militärisch geboten, sagte de Maizière.

Zitat:

„Wir können nicht sagen: ‚Wir bleiben bei der Postkutsche‘, während alle anderen die Eisenbahn entwickeln.“

(Verteidigungsminister Thomas de Maizière am Donnerstag im Bundestag über die Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen.)